

Das leise Ende der US-Demokratie

Die USA im Umbruch

USA. Der Supreme Court hat erst kürzlich wegweisende Entscheidungen getroffen, die weltweit für Aufsehen gesorgt haben. Jedoch könnte uns das schlimmste noch bevorstehen – ein (republikanischer) US-Präsident, der niemals vom Volk gewählt wurde.

Widewide wie die Verfassung mir gefällt....

Das Ende des bundesweiten Rechts für Schwangerschaftsabbrüche, die Entmachtung der US-Umweltschutzbehörde EPA, Das Aus für New Yorker Einschränkungen beim Waffentragen – das US-Höchstgericht sorgt für eine Schlagzeile nach der anderen. Das war nicht nur ein Schlag ins Gesicht für die Klimapolitik des Präsidenten Joe Biden, sondern auch für die Grundwerte der liberalen amerikanischen Demokratie. Dabei sind die Höchststrichter äußerst kreativ bei der Auslegung der Verfassung. Einmal wird sie wortwörtlich ausgelegt – wie bei den Waffengesetzen – dann wieder wird der Grundsatz der Vereinigten Staaten „vergessen“, sich möglichst wenig in das Privatleben der Bürger einzumischen – siehe Abtreibung. Wenn es um strengere Waffengesetze geht, so sieht man einen Eingriff in die Privatsphäre – aber es ist ok, sich in das Privatleben der Frau einzumischen. Einmal so, dann wieder so. Wie es einem gerade in die Ideologie passt.

Parteipolitik statt Neutralität

Dass der Supreme Court durchaus politisch besetzt ist, dürfte mittlerweile für keinen mehr ein großes Geheimnis sein. Nicht umsonst werden Verfassungsrichter

vom Präsidenten vorgeschlagen, und wenn die Mehrheitsverhältnisse passen, wird der Senat dem Vorschlag zustimmen.

Viele Jahre lang waren jedoch die Mehrheitsverhältnisse im Obersten Gerichtshof recht ausgeglichen, weshalb es in der Regel keine derartigen Entscheidungen gab, welche nun getroffen wurden. Doch der Tod der liberalen Richterin Ruth Bader Ginsburg kurz vor dem Ende der trumpschen Schreckens-Regentschaft verändert das Mehrheitsverhältnis dramatisch: Aus einer knappen 5 – 4 Mehrheit wird durch die Nominierung und Ernennung der stramm konservativen Amy Coney Barrett eine deutliche republikanische Mehrheit von 6 – 3 Richtern. Erst aus dieser sicheren Mehrheit konnten solche unglaublichen Urteile entstehen. Dabei scheint das Höchstgericht nur noch ein verlängerter Arm der Republikaner und der Trumpisten zu sein, die hier ihre Macht ausspielen – für ein Organ der Judikative inakzeptabel und demokratiegefährdend.

Entscheidung gegen die Bürger

Mit der Entscheidung, Abtreibungsgesetze den Bundesstaaten zu überlassen, beendet der Supreme Court nicht nur die fast 50-jährige Geschichte liberaler Abtreibungsrechte – die er mit Roe v. Wade selbst eingeführt hat – sondern entscheidet sich gegen eine klare Mehrheit

der Bevölkerung, die zu mehr als 60% für eine Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruches stimmen würde. Die Folge waren laute Massenproteste in der Hauptstadt Washington D.C. (und anderswo), die jedoch auch die Arbeit des Supreme Courts nicht wesentlich beeinflussen werden können: Ultrarechte hoffen bereits auf weitere Schritte gegen Frauenrechte – und legen noch eines drauf: Eine Präsidentenwahl ohne wirkliche Wahl.

Verbot für Verhütungsmittel denkbar?

Clarence Thomas, zweiter afroamerikanischer Höchstrichter im Amt, ist DER Hardliner im Supreme Court. Und eben dieser spricht offen aus, dass er unter anderem ein Verbot für Verhütungsmittel möglich fände. Am 24. Juni erklärt der dienstälteste Richter in einer Stellungnahme, dass frühere SCOTUS-Urteile ebenfalls überprüft werden würden. Darunter auch das Urteil *Griswold v. Connecticut*, das im Sinne der Privatsphäre die Verwendung der Empfängnisverhütung erlaubt. Ebenso *Lawrence v. Texas* erwähnt der konservative Thomas, der schon damals – 2003 - gegen eben diesen Beschluss stimmte, gleichgeschlechtlichen Analsex zu entkriminalisieren. Und auch das 2015 knapp angenommene Urteil *Obergefell v. Hodges*, das die gleichgeschlechtliche Ehe bundesweit regelt, sollte laut Clarence Thomas hinterfragt werden.

All diese Richtlinien zeichnen eine freie Gesellschaft aus. Und trotzdem versuchen ultrakonservative, reaktionäre Trumpisten, diese schwer erkämpften Rechte für Amerikaner zu kippen, nur um ihrer Ideologie gerecht zu werden. Aber dabei soll es nicht bleiben.

„President Trump 2024“ – trotz Wahlniederlage

Doch auch die Präsidentschaftswahlen kann der Supreme Court (wahrscheinlich) sehr stark beeinflussen. Bekanntermaßen entscheidet in den USA nicht alleine das Wahlvolk, wer die Geschicke der Nation zukünftig lenken wird, sondern dessen Vertreter, die Wahlmänner. Es ist üblich, dass alle Wahlmänner eines Bundesstaats an jenen Kandidaten gehen, der mehr Stimmen hat – egal ob eine Stimme oder 30% Vorsprung. Jedoch überlegt der Supreme Court allen Ernstes, die Bundesstaaten über die Vergabe der Wahlmänner selbst entscheiden zu lassen, unabhängig vom Wahlergebnis. Heißt konkret: Selbst wenn Joe Biden in Pennsylvania theoretisch die 20 Wahlmänner gewonnen hätte, könnte der Bundesstaat diese Donald Trump zusprechen, da die Legislative Pennsylvanias, also das Landesparlament, klar republikanisch dominiert ist. Wäre das 2020 der Fall gewesen, hätte Joe Biden sechs Bundesstaaten weniger gewonnen – was uns eine zweite Amtszeit Trumps beschert hätte – obwohl Joe Biden 4,5%, also 7 Millionen Stimmen, mehr als Trump erreicht hat.

Entscheidung darüber bereits 2023

Erstmal mag man sich denken: Das kann doch nicht der Verfassung entsprechen! Doch, womöglich schon. Sogar sehr wahrscheinlich. Im Artikel 2, Abschnitt 1 der Verfassung ist genau beschrieben, wie und wann Wahlmänner zu entsenden sind und wie das Prozedere rund um das Electoral College abläuft. Dabei ist jedoch nicht explizit festgeschrieben, dass das Volk die Wahlmänner zu wählen hat. Daher dürfte dies wohl verfassungskonform sein, was bedeuten

würde, dass damit faktisch keine demokratischen Präsidentschaftswahlen mehr stattfinden. Der Gewinner steht nämlich schon im vornhinein ziemlich sicher fest.

Leise Machtübernahme der Republikaner

Doch wie kann es verhindert werden? – Theoretisch gäbe es viele Ansätze. Einerseits könnte Joe Biden neue Richter nominieren. Aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse im Senat sowie internen Streitigkeiten in der Demokratischen Partei wäre es jedoch sehr unwahrscheinlich, dass man die Macht auf diesem Weg wieder ausgleichen könnte. Auch ein entsprechendes Bundeswahlgesetz könnte beschlossen werden, doch hier sind leider aufgrund der Filibuster-Regelung 60% der Senatorenstimmen notwendig, die niemals zu erreichen sind. Zwar könnte man auch diese abschaffen, aber einzelne Demokraten – und natürlich sämtliche Republikaner – würden sich dagegen stemmen.

Zusätzlich stehen 2022 die Midterm-Elections auf dem Plan. Bei jenen Halbzeitwahlen wird traditionell jene Partei gestärkt, die nicht den Präsidenten stellt – und damit die republikanische GOP. Auch dieses Mal läuft alles darauf hinaus. Während der Senat vielleicht – wenn, dann äußerst knapp – in demokratischer Hand bleiben könnte, wird die GOP höchstwahrscheinlich das Repräsentantenhaus erobern. Eine Lösung des parlamentarischen Stillstandes ist damit nicht in Sicht. Und damit kommen wir einem erlösenden Gesetz keinen Schritt näher.

Demokraten müssen jetzt zusammenhalten

Die Demokraten werden es damit in Zukunft äußerst schwer haben, jemals wieder den Präsidenten stellen zu können, sofern das Höchstgericht ihre Entscheidung zugunsten der Entscheidungsfreiheit der einzelnen Legislativen der Bundesstaaten fällt. Ohne Zusammenhalt und mit regelmäßigen Querschüssen aus dem konservativen Lager wird es unmöglich sein, auch noch ansatzweise etwas zu ändern. Und es wird 2023 nicht leichter werden. Die Landesparlamente werden wohl sehr lange in republikanischer Hand bleiben, schon alleine wegen der – für die GOP – vorteilhaften Verteilung der Wahlbezirke. Sollte der SCOTUS 2023 beschließen, dass zukünftig keine verpflichtende Wahl mehr notwendig sei, so wäre das das Ende der modernen US-Demokratie. Der Staat wäre in allen Belangen fest in der Hand der Republikaner, was dem Höchstgericht wohl die Möglichkeit bieten würde, weitere Albtraum-Urteile zu fällen.

Ein langsamer Staatsstreich

Jeder kann sich an jenen 6. Jänner 2021 erinnern, der in die US-Geschichte eingegangen ist. Ein wütender Trump-Mob, angestachelt vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, stürmt das Kapitol und wollte die dortige Sitzung stürmen, die den Wahlsieg Joe Bidens verifizieren wollte. Normalerweise nur eine traditionelle, feierliche Routine, die 2021 jedoch die Senatoren in unmittelbare Lebensgefahr brachte. Natürlich schlug dies wie eine Bombe in die Medienwelt ein, klar, es war eine versuchte Machtübernahme durch – teils bewaffnete – Demonstranten, die es nicht einsehen konnten, dass ihr Idol bald nicht mehr

Präsident wäre. Wochenlang schlug es regelmäßig Wellen auf der ganzen Welt, und noch jetzt werden immer wieder Dokumentationen dazu ausgestrahlt.

Doch noch viel gefährlicher wäre ein Putsch, der langsam vorangeht. Keine Erstürmung, keine Tote, keine Kurzschlussreaktion – ein geplantes Urteil, das quasi Präsidentschaftswahlen zwecklos macht. Und damit die Wahl der mächtigsten Person der USA, nein, sogar der ganzen Welt.

Schwere Folgen für Europa und die Welt

Die USA gelten schon lange als treue Verbündete Europas, sie sind praktisch die Definition des „Westens“. Doch schon Donald Trump hat sich immer mehr aus der internationalen Gemeinschaft zurückgezogen – das zeigen schon alleine die primitiven Slogans wie „America First“ – „Amerika zuerst“. Trump erwog einen NATO-Austritt der USA und war mehr ein Kumpel für Putin als ein Feind. Mit republikanischen Präsidenten in Dauerschleife wird es für Europa und den Westen beinahe unmöglich, sich der Ost-Achse Russland-China entgegenzustellen. Nicht vor allem militärisch, sondern in erster Linie wirtschaftlich und (gesellschafts-)politisch.

Damit werden autokratische und diktatorische Systeme gestärkt, und die westlichen Demokratien müssen ihre Demokratie-Weltuntergangsuhr auf 5 nach 12 stellen. Ohne einen verlässlichen US-amerikanischen Partner können und werden Europa und die Welt nicht weiter so existieren wie bisher.

Die Midterms als Schicksalswahl

Damit ist klar, dass die Zwischenwahl im Herbst die letzte Chance für die Bevölkerung ist, ihre alte Demokratie zu bewahren, die jeder, der nicht bald in chinesischen Verhältnissen leben möchte, schätzen sollte. Die aktuellen Entwicklungen im Obersten Gerichtshof sollten Grund genug sein, sich gegen diesen Übernahmeversuch der Konservativen zu stellen und das auch bei den Midterm-Elections zu zeigen.

Ansonsten sieht die Zukunft Schwarz aus. Unklar ist, wie eine Wahl 2024 enden würde... Von normal und fair bis Bürgerkrieg scheint aktuell alles möglich zu sein. Die nächsten Monate sind jedoch mehr als nur entscheidend für das Fortbestehen der Demokratien auf der ganzen Welt. Und beeinflusst damit das Leben aller. Und es wird auch uns treffen. Jeden Einzelnen.